

Satzung

Satzung

Fassung vom 5. Juli 2022

In dieser Satzung sind personenbezogene Bezeichnungen, sofern sie nicht entsprechend dargestellt wurden, geschlechtsneutral zu verstehen.
Auf eine durchgängig geschlechtsneutrale Formulierung wurde ausschließlich aus Gründen der besseren Lesbarkeit verzichtet.

§ 1

Name und Sitz

- (1) Der Verband der Metallindustriellen Niedersachsens e. V. (NiedersachsenMetall) ist die auf freiwilligem Zusammenschluss beruhende Vereinigung von Metallindustriellen im Lande Niedersachsen. Er hat seinen Sitz in Hannover und ist in das Vereinsregister eingetragen.
- (2) Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

§ 2

Zweck des Verbandes

- (1) Der Verband befaßt sich mit sozialpolitischen Aufgaben; sein Zweck ist nicht auf einen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb gerichtet; er verfolgt keine wirtschaftlichen und politischen Zwecke.
- (2) Der Verband hat insbesondere folgende Aufgaben:
 - a) Wahrnehmung der Interessen seiner Mitglieder in allen Arbeitgeberfragen.
 - b) Abschluss von Tarifverträgen, und zwar für die Gesamtheit des Verbandes oder seine einzelnen Landes- und Bezirksgruppen sowie für einzelne Betriebe.

Der Abschluss von Tarifverträgen kann gemäß Vorstandsbeschluss in Ausnahmefällen an einzelne Landes- und Bezirksgruppen sowie Betriebe delegiert werden.

- (3) Der Verband kann sich zur Erfüllung seiner Aufgaben entsprechenden Organisationen der Arbeitgeber anschließen.

- (4) Der Verband ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die der Erreichung oder Förderung des Verbandszwecks dienen. Insbesondere darf er zu diesem Zweck auch andere Gesellschaften / Vereine und andere Einrichtungen gründen oder sich an ihnen beteiligen. Der Verband darf auch Zweigniederlassungen gründen und unterhalten.

§ 3

Mitgliedschaft

- (1) Die Mitgliedschaft ist freiwillig.
- (2) Mitglied des Verbandes kann jedes Unternehmen der Metallindustrie, der Elektro- und Elektronikindustrie oder verwandten Industrie sein, welches seinen Sitz, einen Betrieb, einen Betriebsteil, einen Hilfs- oder einen Nebenbetrieb in Niedersachsen hat. Dies gilt insbesondere auch für Unternehmen der Nachrichtentechnik und Informationsübermittlung sowie des Straßen- und Schienenverkehrs. Handelt es sich um Gesellschaften bürgerlichen Rechts oder um Einzelfirmen, so können nur die Gesamtzahl der Gesellschafter oder der jeweilige Inhaber der Einzelfirma die Mitgliedschaft erwerben.
- (3) Ein Mitglied kann auch die Mitgliedschaft für Betriebe, Hilfs- oder Nebenbetriebe außerhalb Niedersachsens erwerben.

§ 4

Rechte und Pflichten der Mitglieder

- (1) Alle Verbandsmitglieder haben grundsätzlich gleiche Rechte und Pflichten.
- (2) Die Mitglieder erhalten im Rahmen der allgemeinen sozialpolitischen Interessenwahrnehmung des Industriezweiges Beratung, Auskunft und Hilfe durch den Verband.
- (3) Die Mitglieder sind an die Satzung und die satzungsgemäß zustandegekommenen Beschlüsse des Verbandes gebunden.
- (4) Sie sind insbesondere verpflichtet:
 - a) die satzungsgemäß gefassten Beschlüsse des Verbandes auszuführen,
 - b) dem Vorstand die zur Durchführung der Verbandsaufgaben erforderlichen Auskünfte gewissenhaft und fristgemäß zu erteilen,
 - c) den Vorstand über alle für die sozialpolitischen Belange des Verbandes wesentlichen Angelegenheiten ihres Bereichs zu unterrichten,
 - d) den im Arbeitskampf stehenden Mitgliedsfirmen gegenüber volle Solidarität zu wahren, insbesondere alles zu unterlassen, was diese schädigen könnte,

- e) Aufträge einer im Arbeitskampf stehenden Mitgliedsfirma nur mit deren Genehmigung zu übernehmen und auszuführen,
- f) die Einstellung streikender oder ausgesperrter Arbeitnehmer zu unterlassen.

§ 5

Erwerb und Beendigung der Mitgliedschaft

- (1) Über Aufnahmeanträge entscheidet der Vorstand. Gegen eine ablehnende Entscheidung des Vorstandes kann innerhalb von 6 Wochen Einspruch eingelegt werden. Über den Einspruch entscheidet die Mitgliederversammlung.
- (2) Die Mitgliedschaft endet
 - a) durch schriftliche Kündigung. Die Kündigungsfrist beträgt einen Monat zum 15. eines jeden Monats oder zum Monatsende;
 - b) durch Ausschluß auf Beschluss des Vorstandes bei Vorliegen eines wichtigen Grundes. Ziffer (1) Satz 2 und 3 gelten entsprechend;
 - c) durch den die Eröffnung des Insolvenzverfahrens mangels Masse abweisenden Beschluß des Insolvenzgerichtes (§ 26 InsO), durch die Einstellung des Insolvenzverfahrens mangels Masse (§ 7 InsO) und durch den Beschluß der Gläubigerversammlung im Berichtstermin, das Unternehmen stillzulegen (§ 157 InsO).
- (3) Die Beendigung der Mitgliedschaft berührt nicht die Verpflichtung zur Zahlung der Beiträge für das laufende Geschäftsjahr.
- (4) Mit dem Verlust der Mitgliedschaft erlischt jeder Anspruch auf das Vermögen des Verbandes.

§ 6

Organe des Verbandes

Die Organe des Verbandes sind:

- a) Mitgliederversammlung,
- b) Präsidium,
- c) Vorstand,
- d) Beirat,
- e) Tarifkommission,
- f) Verwaltungsausschuß.

§ 7

Die Mitgliederversammlung

- (1) Zu den Obliegenheiten der Mitgliederversammlung gehören:
- a) Entgegennahme des Geschäftsberichtes des Vorstandes und der Ausschüsse,
 - b) Abnahme der Jahresrechnung und Entlastung der Verbandsorgane,
 - c) Annahme des Haushaltsplanes für das laufende Geschäftsjahr,
 - d) Festsetzung der Beiträge für das Geschäftsjahr,
 - e) Wahl des Präsidenten und seiner Vizepräsidenten sowie der weiteren Mitglieder des Vorstandes, des Beirates, der Tarifkommission sowie des Vorsitzenden der Tarifkommission und seines Stellvertreters sowie des Verwaltungsausschusses,
 - f) Wahl des Rechnungsprüfers und seines Stellvertreters,
 - g) Änderung der Satzung,
 - h) Entscheidung über wichtige tarifpolitische Angelegenheiten einschließlich Arbeitskampf, soweit nicht die Zuständigkeit des Vorstandes gemäß § 8 (8) Abs. 3 gegeben ist,
 - i) Entscheidung über die Auflösung des Verbandes.
- (2) Einmal im Jahr findet eine ordentliche Mitgliederversammlung statt. Die schriftliche Einladung dazu soll 2 Wochen vorher zur Post gegeben sein und die Tagesordnung enthalten.
- (3) Außerordentliche Mitgliederversammlungen können vom Präsidenten bei Bedarf einberufen werden. Darüber hinaus sind innerhalb von vier Wochen außerordentliche Mitgliederversammlungen einzuberufen auf schriftliches Verlangen von 1/20 der Mitglieder oder der Mehrheit der Vorstandsmitglieder.
- (4) Mitgliederversammlungen können als Präsenzversammlung oder auch ohne Anwesenheit von Mitgliedern an einem Versammlungsort in Form einer digitalen Versammlung stattfinden.
- (5) Jede ordnungsgemäß einberufene Mitgliederversammlung ist beschlußfähig. Jedes Mitglied hat eine Stimme. Am Erscheinen verhinderte Mitglieder können sich in der Mitgliederversammlung durch andere schriftlich zu bevollmächtigende Mitglieder vertreten lassen.
- Bei einer digitalen Mitgliederversammlung ist es für die Mitglieder ohne Anwesenheit am Veranstaltungsort möglich, ihre Rechte im Weg der elektronischen Kommunikation auszuüben.
- (6) Bei der Beschlussfassung entscheidet die Mehrheit der erschienenen und vertretenen Mitglieder.

- (7) Über die Beschlüsse der Mitgliederversammlung ist seitens der Geschäftsführung eine Niederschrift anzufertigen, die von dem Präsidenten und einem Mitglied der Geschäftsführung zu unterschreiben ist.

§ 8

Der Vorstand

- (1) Der Vorstand leitet den Verband. Er ist insbesondere zuständig für die Vorbereitung der Mitgliederversammlungen, die Vorschläge für die Wahlen zu den Verbandsorganen sowie für die Festlegung von Zeitpunkt, Umfang und Dauer von Arbeitskampfmaßnahmen.
- (2) Der Vorstand besteht aus dem Präsidenten und den weiteren Mitgliedern des Präsidiums und mindestens fünf weiteren Mitgliedern.
- (3) Die Mitglieder des Vorstandes werden für die Dauer von 3 Jahren gewählt. Bis zur Neuwahl verbleiben sie im Amt. Wiederwahl ist zulässig. Der Hauptgeschäftsführer ist kraft seines Amtes Mitglied des Präsidiums.
- (4) Der Präsident beruft die Sitzungen der Verbandsorgane ein.
- (5) In den Mitgliederversammlungen und den Sitzungen des Vorstandes und des Beirates führt der Präsident und bei dessen Verhinderung einer seiner Stellvertreter den Vorsitz. Sind alle Präsidiumsmitglieder verhindert, so wählt die Versammlung aus den anwesenden Vorstandsmitgliedern den Versammlungsleiter.
- (6) Zu den Mitgliedern des Vorstandes können Inhaber oder Vorstandsmitglieder, Geschäftsführer einer GmbH sowie Generalbevollmächtigte und Prokuristen von Mitgliedsfirmen gewählt werden.
- (7) Die Mitgliedschaft im Vorstand ist persönlich und wird ehrenamtlich ausgeübt.
- (8) Vorstandssitzungen können als Präsenzsitzungen oder auch ohne Anwesenheit von Vorstandsmitgliedern an einem Versammlungsort in Form einer digitalen Veranstaltung stattfinden. Die Einladung zu Vorstandssitzungen soll mit einer Ladungsfrist von mindestens einer Woche in Textform ergehen. In besonderen Fällen kann die Einberufung auch formlos und auch in kürzerer Frist erfolgen. Jede ordnungsgemäß einberufene Vorstandssitzung ist wahl- und beschlussfähig.

Auch ohne eine Vorstandssitzung können Beschlüsse gefasst werden, die Beschlussfassung durch ein Abstimmungsverfahren in Textform ist möglich.

- (9) Die Mitglieder des Vorstandes können sich bei Verhinderung untereinander zwecks Vertretung und Stimmabgabe bevollmächtigen. Das gilt nicht bei Beschlüssen über Arbeitskampfmaßnahmen gemäß Abs. 3.

Die Beschlüsse des Vorstandes werden mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefaßt. Stimmenthaltungen gelten als nicht abgegebene Stimmen. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Präsidenten.

Beschlüsse über Arbeitskampfmaßnahmen bedürfen einer Beratung mit dem Beirat und einer Dreiviertelmehrheit der abgegebenen Stimmen der Mitglieder des Vorstandes. Abs. 2 Satz 2 gilt entsprechend.

Bei einer digitalen Vorstandssitzung ist es für die Vorstandsmitglieder ohne Anwesenheit am Veranstaltungsort möglich, ihre Rechte im Weg der elektronischen Kommunikation auszuüben.

Bei Beschlussfassung durch Abstimmungsverfahren in Textform ist das dokumentierte Ergebnis vom Geschäftsführer zu unterzeichnen.

§ 9 Präsidium

- (1) Das Präsidium besteht aus dem Präsidenten, drei Vizepräsidenten und dem Hauptgeschäftsführer.
- (2) Das Präsidium ist Vorstand i.S.d. § 26 BGB. Der Verband kann nur durch zwei Präsidiumsmitglieder gemeinsam wirksam vertreten werden.

§ 10 Beirat

- (1) Der Beirat wird für die Dauer von 3 Jahren gewählt und soll so zusammengesetzt werden, daß den verschiedenartigen tarifgebietlichen, fachlichen und lokalen Belangen der Mitgliedsfirmen Rechnung getragen wird.
- (2) Der Beirat ist das Beratungsorgan für den Vorstand.
- (3) Die Bestimmungen des § 8 Ziff. (7) bis (9) gelten entsprechend.

§ 11 Tarifkommission

- (1) Die Tarifkommission besteht aus den Mitgliedern des Vorstandes, des Beirates sowie weiteren Mitgliedern, die von der Mitgliederversammlung für die Dauer von 3 Jahren gewählt werden.

- (2) Der Vorsitzende der Tariffkommission und sein Stellvertreter werden ebenfalls für 3 Jahre von der Mitgliederversammlung gewählt.
- (3) Die Tariffkommission führt die Tarifverhandlungen im Sinne der ihr von der Mitgliederversammlung gegebenen Richtlinien.
- (4) Die Bestimmungen des § 8 Ziff. (1) bis (5) sowie Ziff. (7) bis (9) gelten entsprechend.
- (5) Zu Sitzungen der Tariffkommission kann die Geschäftsführung im Einvernehmen mit dem Vorsitzenden der Tariffkommission weitere Vertreter aus den Mitgliedsfirmen hinzuziehen. Diese haben kein Stimmrecht.
- (6) Sitzungen der Tariffkommission können als Präsenzsitzungen oder auch ohne Anwesenheit von Mitgliedern der Tariffkommission an einem Versammlungsort in Form einer digitalen Veranstaltung stattfinden.

§ 12

Verwaltungsausschuss

- (1) Zur Erfüllung der sozialpolitischen Aufgaben wird ein Unterstützungsfonds errichtet, der dazu dient, die Mitglieder in die Lage zu versetzen, Arbeitsstreitigkeiten durchzuführen, deren Austragung im Interesse des im Verband zusammengeschlossenen Berufsstandes liegt.
- (2) Verfügungen des Vorstands über das Vermögen des Unterstützungsfonds, die nicht im von der Mitgliederversammlung genehmigten Haushalt vorgesehen sind, bedürfen der Zustimmung des Verwaltungsausschusses.
- (3) Der Unterstützungsfonds wird verwaltet von einem Verwaltungsausschuss. Ihm sollen bis zu 7 Mitglieder angehören. Der Verwaltungsausschuss soll nicht in seiner Mehrheit aus Vorstandsmitgliedern gem. § 8 bestehen.
- (4) Die Amtsdauer der gewählten Mitglieder beträgt 6 Jahre.
- (5) Der Verwaltungsausschuss wählt aus der Reihe seiner Mitglieder einen Vorsitzenden und einen stellvertretenden Vorsitzenden. Der Vorsitzende nimmt mit beratender Stimme an den Sitzungen des Präsidiums teil.
- (6) Verwaltungsausschusssitzungen können als Präsenzsitzungen oder auch ohne Anwesenheit von Verwaltungsausschussmitgliedern an einem Versammlungsort in Form einer digitalen Veranstaltung stattfinden. Die Einladung zu Verwaltungsausschusssitzungen soll mit einer Ladungsfrist von mindestens einer Woche in Textform ergehen. In besonderen Fällen kann die Einberufung auch formlos und auch in kürzerer Frist erfolgen. Jede ordnungsgemäß einberufene Verwaltungsausschusssitzung ist wahl- und beschlussfähig.

Auch ohne eine Verwaltungsausschusssitzung können Beschlüsse gefasst werden, die Beschlussfassung durch ein Abstimmungsverfahren in Textform ist möglich.

- (7) Beschlüsse des Verwaltungsausschusses müssen mit Zustimmung von mehr als 50 % seiner Mitglieder gefasst werden.
- (8) Bei einer digitalen Verwaltungsausschusssitzung ist es für die Verwaltungsausschussmitglieder ohne Anwesenheit am Veranstaltungsort möglich, ihre Rechte im Weg der elektronischen Kommunikation auszuüben.
- (9) Die Mitglieder des Ausschusses können sich bei Verhinderung untereinander zur Vertretung und Stimmabgabe bevollmächtigen. Eine Vertretung durch andere, dem Verwaltungsausschuss nicht angehörende Person, ist nicht zulässig.
- (10) Die laufenden Geschäfte bei der Verwaltung des Unterstützungsfonds werden von der Geschäftsführung des Verbandes wahrgenommen.

§ 13 Geschäftsführung

- (1) Die Geschäftsführung erledigt die laufenden Geschäfte.
- (2) Der Hauptgeschäftsführer wird vom Vorstand bestellt und abberufen. Die weiteren Angestellten der Geschäftsführung werden im Rahmen des Haushaltsplanes durch den Hauptgeschäftsführer eingestellt. Der Verband kann eine Geschäftsstellengemeinschaft mit anderen Verbänden bilden.

§ 14 Bezirksgruppe Osnabrück-Emsland-Grafschaft Bentheim

- (1) Der Verband der Metallindustriellen Niedersachsens e.V. – NiedersachsenMetall – hat eine Bezirksgruppe Osnabrück-Emsland-Grafschaft Bentheim mit Sitz und Geschäftsstelle in Osnabrück, die das Gebiet der Stadt Osnabrück sowie der Landkreise Osnabrück, Emsland (mit Ausnahme der Stadt Papenburg) und Grafschaft Bentheim umfasst.
- (2) Mitglieder der Bezirksgruppe sind diejenigen Mitgliedsfirmen von NiedersachsenMetall, die am 31. Dezember 2010 dem Verband der Metall- und Elektroindustrie Osnabrück-Emsland e.V. angehörten.

Bei NiedersachsenMetall neu eintretende Firmen gehören zur Bezirksgruppe Osnabrück-Emsland-Grafschaft Bentheim, wenn sie auf deren Gebiet liegen. Bei Firmen, die außerhalb des Gebiets der Bezirksgruppe Osnabrück-Emsland-Grafschaft Bentheim und außerhalb des übrigen Gebiets von NiedersachsenMetall liegen, entscheidet die neue Mitgliedsfirma, ob sie der Bezirksgruppe Osnabrück-Emsland-Grafschaft Bentheim angehören will.

- (3) Die der Bezirksgruppe Osnabrück-Emsland-Grafschaft Bentheim angehörenden Firmen kommen mindestens einmal, bei Bedarf auch mehrmals im Kalenderjahr in der Bezirksversammlung zusammen. Diese wählt für die Dauer von zwei Jahren einen Bezirksvorstand von bis zu zehn Personen.

Der Bezirksvorstand wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden und einen stellvertretenden Vorsitzenden. Der Vorsitzende des Bezirksvorstands (im Verhinderungsfall sein Stellvertreter) beruft die Bezirksversammlung ein und leitet sie.

- (4) Abweichend von § 7 Ziff. (1) e) bestimmt die Bezirksversammlung die Personen, die aus der Bezirksgruppe Osnabrück-Emsland-Grafschaft Bentheim in die folgenden NiedersachsenMetall-Organen als Mitglieder entsandt werden:

- für das Amt des ersten Vizepräsidenten: den Vorsitzenden des Bezirksvorstands
- für den Vorstand: drei Personen aus dem Bezirksvorstand
- für den Beirat: bis zu vier Personen
- für die Tarifkommission: drei Personen
- für den Verwaltungsausschuss: den Vorsitzenden des Bezirksvorstands

- (5) An den Zusammenkünften der Bezirksversammlung und des Bezirksvorstands können der Präsident und der Hauptgeschäftsführer von NiedersachsenMetall mit beratender Stimme teilnehmen.

- (6) Die Erledigung der laufenden Geschäfte der Bezirksgruppe Osnabrück-Emsland-Grafschaft Bentheim obliegt einem Geschäftsführer, im Fall seiner Verhinderung und kraft Einzelauftrags des Geschäftsführers einem stellvertretenden Geschäftsführer.

Der Geschäftsführer wie sein Stellvertreter werden auf Vorschlag des Bezirksvorstands durch das Präsidium von NiedersachsenMetall bestellt und abberufen. Der Geschäftsführer der Bezirksgruppe ist zugleich stellvertretender Hauptgeschäftsführer von NiedersachsenMetall.

Im Hinblick auf die Tarifhoheit der Bezirksgruppe Osnabrück-Emsland-Grafschaft Bentheim nimmt der Geschäftsführer der Bezirksgruppe Osnabrück-Emsland-Grafschaft Bentheim an den Sitzungen des Vorstands und der Tarifkommission von NiedersachsenMetall mit beratender Stimme teil.

- (7) Die Bezirksgruppe Osnabrück-Emsland-Grafschaft Bentheim erstellt für ihre verbandliche Arbeit einen eigenen Jahreshaushalt. Die hierfür erforderlichen Finanzmittel werden von Niedersachsenmetall zur Verfügung gestellt.

Im Rahmen des Haushaltsplans besitzt die Bezirksgruppe Osnabrück-Emsland Grafschaft Bentheim Etat- und Personalhoheit.

Die Rechnungsprüfung erfolgt durch NiedersachsenMetall.

- (8) Für das Gebiet (Tarifbezirk) Osnabrück-Emsland-Grafschaft Bentheim gemäß der räumlichen Beschreibung in Ziffer 1. werden eigenständige Tarifverträge mit der IG Metall Bezirksleitung Niedersachsen und Sachsen-Anhalt verhandelt und abgeschlossen (Tarifhoheit).

Hierfür zuständig ist auf Arbeitgeberseite eine Tarifkommission, die von der Bezirksversammlung Osnabrück-Emsland-Grafschaft Bentheim für drei Jahre bestellt wird. Der ebenfalls von der Bezirksversammlung bestellte Vorsitzende dieser Tarifkommission ist Verhandlungsführer der Tarifverhandlungen für den Tarifbezirk Osnabrück-Emsland-Grafschaft Bentheim.

Der Verhandlungsführer von NiedersachsenMetall (im Verhinderungsfall sein Vertreter) ist Mitglied dieser Tarifkommission, der Hauptgeschäftsführer von NiedersachsenMetall (im Verhinderungsfall sein Vertreter) nimmt an den Sitzungen der Tarifkommission der Bezirksgruppe Osnabrück-Emsland-Grafschaft Bentheim mit beratender Stimme teil.

Der Verhandlungsführer für den Tarifbezirk Osnabrück-Emsland-Grafschaft Bentheim – Mitglied der Tarifkommission von NiedersachsenMetall – ist erster stellvertretender Verhandlungsführer für den Tarifbezirk NiedersachsenMetall und der Verhandlungsführer für den Tarifbezirk NiedersachsenMetall ist stellvertretender Verhandlungsführer für den Tarifbezirk Osnabrück-Emsland-Grafschaft Bentheim.

Tarifabschlüsse für den Tarifbezirk der Bezirksgruppe Osnabrück-Emsland-Grafschaft Bentheim bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Zustimmung der Bezirksversammlung Osnabrück-Emsland-Grafschaft Bentheim.

- (9) Eine Änderung oder Aufhebung der vorstehenden Satzungsbestimmungen zur Bezirksgruppe Osnabrück-Emsland-Grafschaft Bentheim kann nur mit Zustimmung des Vorstands der Bezirksgruppe Osnabrück-Emsland-Grafschaft Bentheim beschlossen werden. Auch diese Satzungsregelung einer Bestands- und Ausgestaltungsgarantie kann nur mit Zustimmung des Vorstands der Bezirksgruppe Osnabrück-Emsland-Grafschaft Bentheim aufgehoben werden.

§ 15 **Beiträge**

Die Beiträge des Verbandes werden durch Beschluss der Mitgliederversammlung auf Vorschlag des Vorstandes alljährlich festgesetzt. Sie sind nach erfolgtem Beschluss fällig. Die Mitglieder sind verpflichtet, übersandte Beitragsrechnungen umgehend zu begleichen.

§ 16
Auflösung

- (1) Die Auflösung des Verbandes kann von einer Mitgliederversammlung nur dann beschlossen werden, wenn mehr als 50 % der Mitglieder in der Versammlung anwesend sind und der Beschluß zur Auflösung von mehr als der Hälfte aller dem Verband angehörenden Mitglieder gefaßt wird. Zugleich mit dem Beschluß über die Auflösung des Verbandes ist ein Beschluß über die Verwendung des Verbandsvermögens zu fassen.
- (2) Soweit das Verbandsvermögen im Zuge der Auflösung nicht für Liquidationszwecke in Anspruch genommen wird, soll es für soziale Zwecke verwendet werden.